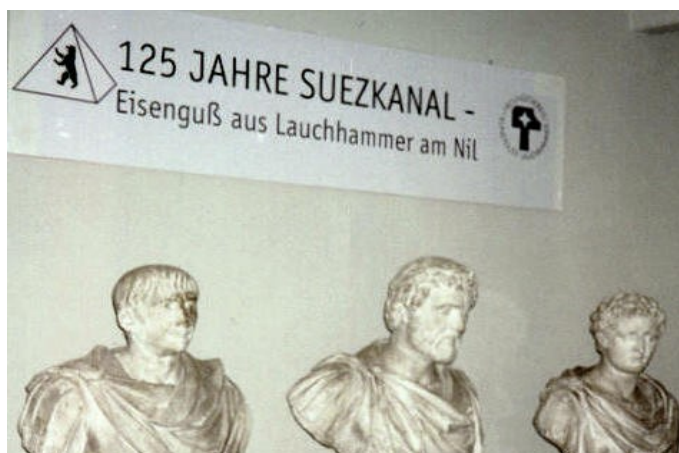




Demokratie erstreiten, Demokratie ertragen

Aufsätze über die "Abwicklung der DDR"

Es gärte im ostelbischen Viertel Deutschlands seit 1985, rumorte doch im Kreml ein Reformer, der vielen aus dem Herzen sprach und geistige Wege für einen Umbau ebnete. Wir träumten im Herbst der Wende davon, nun selbst zu bestimmen, was uns lange politbürokratisch verbaut war. Wir strebten ein Institut für Moderne Orient-Forschung an, wie es mehr als zwei Jahrzehnte im Osten Berlins blühte, bevor Walter Ulbrichts Akademie-Reform es zerschlug. Inmitten von Übungen für Demokratie, bei denen Anfang 1990 beide Direktoren zurücktraten, kam eine Nachricht, im Zuge der nationalen Einheit werde eine jeder "evaluiert" werden.



Fotos: W.G. Schwanitz

Mittelostforschung auch nach der Berliner Akademie

Der westdeutsche Wissenschaftsrat stellte also den 92 Mitarbeitern des Instituts für Welt-Geschichte 23 Fragen, die als Voraussetzung der Bewertung galten. Auch drei Dutzend Arabisten, Afrikanisten und Indologen am Orient-Fachbereich mußten dafür ihre Schriften aus den vergangenen Jahren auflisten. Neben Anfragen über die Aufgaben, Organisation, Finanzierung, Kooperation und Pläne wollte man so die "spezifische Bedeutung der Arbeit im in- und ausländischen Vergleich", die Arbeitsweise und den Anteil an Reisekadern ergründen.

Noch bevor Gutachter in die Mitarbeiter-Versammlungen kamen, hob die Leitung alle Strukturen auf, auch gute und solche, die sich erledigten wie eine "Forschungsgruppe Geschichte der Bundesrepublik Deutschland". Manchen wurde das Prüfen durch Westler im Oktober 1990 peinlich, anderen erschien es richtig. Der Juli 1991 brachte die Verkündigung: Aus für die Akademie-Institute, kurzum "Abwicklung". Wir bewarben uns bei einer Tochter der Max-Planck-Gesellschaft. Ein Drittel, zwölf, erhielt im Dezember 1991 am neuen Berliner "Forschungsschwerpunkt Moderner Orient" zunächst bis 1994 Arbeit, auch Hardliner, indes junge Leute zu kurz kamen: eine halbe Chance.

Ein Gutachter legt in dem vorliegenden Band "Impressionen beim Evaluieren" dar. Wolfgang Raible, Freiburger Romanist, sah zahlreiche bunte Tupfer, oft in Gestalt jüngerer Wissenschaftler, am Institut für Allgemeine (Welt-)Geschichte, wo es interessante Fachbereiche gab, so für afrikanische Geschichte oder für moderne Orientforschung. Er war in der Berliner Akademie und der Humboldt-Universität. SED-Mitgliedschaft bedeute wenig. Anders als die Universitäten galten Akademie-Institute als Horte der Liberalität. Vettern-, Partei- und Ehepaare-Wirtschaft fielen neben Erbhöfen auf.

Alte Strukturen setzten sich fort. In Neuwahlen und in Räten kamen frühere Direktoren, Parteisekretäre und Chefs von Gewerkschaften wieder an die Spitze (so auch im Orient-Bereich Ende 1990). Das sei nicht unter allen Umständen negativ, Führungsqualitäten kämen nicht über Nacht. Lasse sich wissenschaftliche Kompetenz einfacher ermitteln, so bedürfe die menschliche Beurteilung eines längeren Prozesses, der 1992 mit der Stasi-Debatte begann.

Raible berichtet aus der Sicht eines Gutachters, der keine "Spruchkammer" sein wollte. Soweit zu sehen, tauchten "Besserwessis" im Orient-Bereich nicht auf. Doch bedrückte manche das fremdbestimmte Personalkorsett.

"Gegen die Abwicklung unserer Geschichte" schreibt Wolfgang Thierse. Eine radikale Umstellung des Alltagslebens, ein Wechsel von politischen, ideologischen, kulturellen Mustern und Leitbildern werde uns abverlangt, ein totaler Wandel unseres Lebens und unserer selbst vollziehe sich. So viel Anfang und zugleich so viel Ende sei nie gewesen, und beides erzeuge nicht nur Hoffnungen. Er fordert ein Tribunal für die Zerschlagung des "illusionären DDR-wir". Fraglich, ob dieses "Öffnen der Wunden" heilt oder neue Entzündungen bringt.

Stefan Welzk betitelt seinen Beitrag mit "Tabula rasa" - Die Basis in der Abwicklung". Doch beschönige selbst dieser Begriff mit Blick auf das Ausmaß und die Dynamik des industriellen Abräumens zwischen Kap Arkona und Fichtelberg noch die Umstände, unterstelle er doch mehr vernunftmäßige Auflösung oder Verwertung. Gedanken- und Konzeptionslosigkeit sowie Realitätsferne scheinen die Hauptursachen für das Ausmaß des Niederganges der Ost-Wirtschaft zu sein, lautet sein Fazit. Ideologisch geprägte Entscheidungen wie die Blockierung von Industriepolitik, die Weigerungen, bei der Treuhand reale Sanierungschancen zu eröffnen und dem Rückerstattungsprinzip von Grund und Boden beizukommen, machten die Neubelebung des Ostens immer unwahrscheinlicher.

Wie sich die "Abwicklung der Frauenfrage" ausnimmt, bedenkt Inge Wettig-Danielmeier. Kaum jemand berühre das, stellt sich doch "drüben" scheinbar eine "natürliche Ordnung" wieder her. Der Aufschrei des Westens bleibe aus. Erstens sei alles im Osten mit der Frage "Ja, war es denn vorher besser?" gegen Proteste abgeschirmt. Zweitens lasse sich die Arbeitslosigkeit der Frauen nicht mit Sensibilität abschaffen, sondern mit dem Streit über die Gleichberechtigung. Drittens bezeuge das Fehlargument, Frauen wollten es nicht anders, die nach wie vor brüchige Identität der modernen Frau.

VERANSTALTUNGEN am 18.03.1993		
◀ Kurs FINANZWESEN 9.00 Uhr	Raum 130	1. OG
◀ Wu.B Bau 03 9.00 Uhr	Raum 132	1. OG
◀ KOLLOQUIUM: Deutsche, Juden und Araber 10.00 Uhr	Casino	1. OG

Nun in gesamtdeutscher Konkurrenz Berliner Mittelostforschung

Wolfgang Benz versucht eine Ortsbestimmung. "Die Geschichte wiederholt sich nicht", überschreibt er seine Gedanken. Zäsuren der deutschen Geschichte könnten alle als Sieg oder Niederlage begriffen werden. Jedoch sei "fairerweise die sozialistische und sozialstaatliche Alternative zum bürgerlich-demokratischen Weststaat als historisch legitim" anzunehmen.

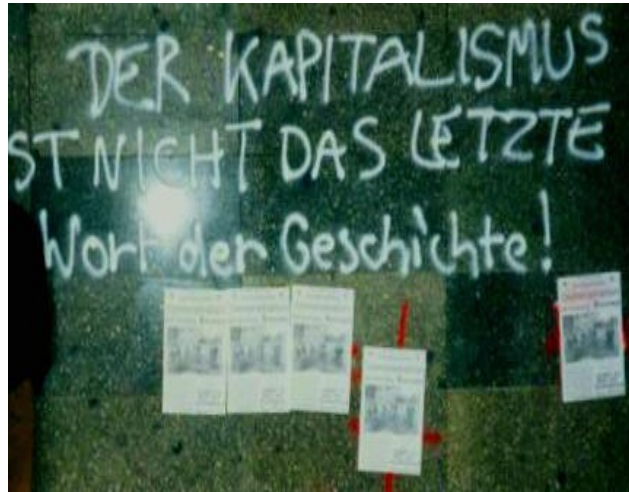
Adenauer neigte mehr zum Rheinbund als zu Bismarcks Nationalstaat, und die Preisgabe der Einheit der Nation sei 1949 den Gründern des Weststaates nicht so schwer gefallen. "Hieß im Westen die Zauberformel Europa und europäisch-atlantisches Bündnis, so galt im Osten sozialistischer Internationalismus mehr als die nationale Staatlichkeit." Bei der Aufarbeitung entstünden zwei Gefahren: Antifaschismus bloß als Ritual, nicht als Überzeugung zu verstehen und nur den betrüblichen Teil des DDR-Erbes herauszukehren.

Wie sich "Konflikte der Erneuerung" an den Universitäten der ehemaligen DDR zeigen, erkundet Manfred Bierwisch durch einige Fragen:

*Werden die Struktur des Wissenschaftssystems, die Art der Lehre und Forschung tatsächlich den ostdeutschen Einrichtungen übergestülpt?

*Ist eine solche Ummodelung überhaupt möglich?

"Übergestülpt" treffe kaum zu, vielmehr finde eine vollständige Übertragung von Regelungen statt. Seine Bilanz des Endes der Wissenschaft in der DDR hat drei Stichworte: personelle Überbesetzung, Verschuldung und Mangel an Mobilität.



Wendezeit und Eigensinn an Leipzigs Universität

Jörg Hildebrandt nennt seine Gedanken über den Ab- und Aufbau der ostdeutschen Rundfunkanstalten "Eine Lektion in Demokratie". Befragt, warum er dem Rundfunkoberen Rudolf Mühlfenzel Besitzer-Mentalität vorwarf, spitzt er zu: Dieser Beauftragte hätte besser gar nichts tun und alles lassen sollen. Seine Anwesenheit erwies sich nach wenigen Tagen als entbehrlich, nach Wochen gar hinderlich. Demokratie müsse ertrötzt, nicht als Dienstanweisung serviert werden.

Angesichts der Wiedervereinigung des preußischen Kulturerbes würdigt Eckhard Thiele in seinem Aufsatz "Kulturbesitz", daß der aus dem Westen kommende Direktor (woher sonst?) sein Zimmer in den "weniger komfortablen Osten" verlegte.

"Vom Nutzen und Nachteil der DDR-Literatur" schreibt Richard Herzinger in seinen Anmerkungen. Literatur lasse sich nicht wie eine Behörde, ein Sender oder eine Universität abwickeln, bleibe Teil der deutschen Literaturgeschichte. Trotz, aber wahr?

"Deutsche Biographien, deutsche Karrieren" betitelt Frauke Meyer-Gosau ihre Gedanken zur Vergangenheit. Sie berührt den Mielke-Prozeß, der die "jüngere deutsche Geschichte wie in einer Nußschale" versammele, den Anstoß, den Wolf Biermann gab, und weitere Beispiele wie Gustav Just. Die Öffentlichkeit sie als Medium des "Eigensinns" gegenüber den raschen, neuen und alten Legenden der Selbstberuhigung gefordert. Ja, es gärt wohl nicht nur im Osten.

Wolfgang G. Schwanitz

Heinz Ludwig Arnold, Frauke Meyer-Gosau (Hg.): Die Abwicklung der DDR. Wallstein Verlag, Göttingen 1992, 96 S.